

«Viele sterben, weil sie nicht rechtzeitig ein Spital erreichen»

Wieder Montag Cathérine Akom hilft ihren Landsleuten in Kamerun, zu medizinischer Hilfe zu gelangen. Die Hilfswerkmitarbeiterin kennt das Problem aus ihrer Familie.

Kathrin Schuler

Mit konzentriertem Blick über den Brillenrand hinweg geht Cathérine Akom ihre Notizen für das Gespräch durch. Die neue Landeskoordinatorin von Fairmed in Kamerun (kleiner Text) ist in eine blau-rot gemusterte Kabba gekleidet, wie sie in ihrer afrikanischen Heimat tagtäglich getragen wird. Akom ist zum ersten Mal in der Schweiz. Was ist ihr hier als Erstes aufgefallen? «Die Landschaft beeindruckt mich sehr.» Geradezu begeistert ist die 53-Jährige von den sauberen Strassen und den guten Transportmöglichkeiten. Das sei für sie nicht selbstverständlich: «In meiner Heimat sterben Kranke, weil sie nicht rechtzeitig in die Spitäler transportiert werden können.»

Dieses Problem ist der Grund für ihren Besuch in Bern. Zusammen mit der Schweizer Organisation Fairmed betreut Akom in Kamerun Projekte, die vernachlässigten Menschen Zugang zu medizinischen Dienstleistungen verschaffen. Kranke Menschen

«Viele meinen, Lepra gebe es längst nicht mehr.»

sollen eine seriöse medizinische Behandlung erhalten. Auch soll das öffentliche Gesundheitswesen gestärkt werden. Manche leiden an schlimmen Krankheiten. «Viele meinen, Lepra gebe es längst nicht mehr. Dabei ist die Krankheit in meiner Heimat heute noch ein ernstes Problem», sagt Akom. Tropenkrankheiten wie Lepra, Buruli und Frambösie seien ein Ausdruck von grosser Armut. Mittellose treffe es zu erst, weil sie unter prekären hygienischen Bedingungen, ohne sauberes Trinkwasser und mit einer schlechten medizinischen Versorgung leben müssten. Viele Einheimische meldeten sich zudem nicht oder zu spät bei einer Gesundheitseinrichtung, da sie sich vor einer Stigmatisierung fürchteten. «Oft wissen sie nicht, woran sie leiden.»

Tödliche Infektionen

Um dies zu ändern, kämpft Akom für eine bessere Aufklärung. «Die Menschen sollen wissen, dass diese vernachlässigten Tropenkrankheiten bei richtiger Behandlung heilbar sind.» Das allein reiche aber nicht aus. Es brauche vor allem bessere Transportmöglichkeiten, sauberes Wasser – und Seife. «Wer sich nicht waschen kann, erkrankt. Und wer nach einem Unfall oder bei Geburtskomplikationen nicht rechtzeitig zu den medizinischen Einrichtungen gebracht werden kann, stirbt.»

Der offeneren Frau merkt man zunächst nicht an, dass sie diese Problematik in der eigenen Familie er-



Kurzbesuch im Wohlstandsland: Cathérine Akom aus Kamerun. Foto: Franziska Rothenbühler

fahren musste. «Als ich 18 war, verlor ich meine Mutter an eine Infektionskrankheit.» Damals war Akom noch in der Schule. Plötzlich musste sie neben dem Schulunterricht den Haushalt führen. «Als Älteste von sieben Geschwistern wurde ich von heute auf morgen zur Mutter.»

Trotzdem hielt sie den Notenschnitt, studierte und heiratete. Als sie 30 war, starb ihr Mann an Diabetes und liess sie mit drei Kindern zurück. Brachte sie der erneute Schicksalsschlag nicht

zur Verzweiflung? «Ich war im ersten Moment geschockt», sagt sie, den Blick in die Ferne gerichtet. Aber diese Vorfälle hätten ihr schlussendlich ermöglicht, sich in die Situation von Hilfsbedürftigen hineinzufühlen.

Einsatz für Benachteiligte

Damals entwickelte Akom ihre Leidenschaft, Benachteiligten zu helfen. Kurz nach dem Tod ihres Mannes begann sie, sich um Flüchtlinge zu kümmern. Was sie dort erlebte, gab ihr neuen Mut.

«Aussatz» ist noch heute keineswegs verschwunden

Hervorgegangen ist die Organisation Fairmed aus der Emmaus-Bewegung, die ursprünglich unter dem Namen Aussätzigenhilfe tätig war. In Kamerun ist sie seit der Staatsgründung vor 60 Jahren tätig. Das Land ist mit seinen 475 000 Quadratkilometern Fläche mehr als zehnmal so gross wie die Schweiz, hat aber nur etwa dreimal so viel Einwohner – 26 Millionen. Als offizielle Amtssprachen gelten Französisch und Englisch. Im Alltag gesprochen werden laut der Fairmed-Landeskoordinatorin Catherine Akom (Haupttext) nicht

weniger als 329 verschiedene Sprachen. Die Lebenserwartung beträgt laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) lediglich 55 Jahre, in der Schweiz liegt diese bei fast 83 Jahren. Jedes Jahr wird in Kamerun bei rund 500 Menschen die Infektionskrankheit Lepra – früher Aussatz genannt – diagnostiziert, die Inkubationszeit kann bis zu zwanzig Jahre dauern. Insgesamt hilft Fairmed jährlich 150 000 Betroffenen, indem es ihnen einen einfacheren Zugang zum Gesundheitswesen verschafft. (kls)

«Menschen, die ihre Stimme verloren hatten, oder Frauen, deren Ehemänner erschossen wurden, haben mir gezeigt, dass alles gut wird, wenn man an Gott glaubt», sagt die tiefgläubige Frau, die der presbyterianischen Kirche angehört. Der Glaube gebe ihr Kraft, stets weiterzumachen, Menschen ein Lächeln zu schenken und deren Gesundheit zu fördern: «Gesundheit ist das schönste Geschenk, das man jemandem machen kann.»

Darum setzt sich Akom für die indigenen Bevölkerungsgruppen Baka und Bororos ein. Diese gehören zu den Ärmsten der Armen und leben noch heute in Wäldern oder in Baracken am Strassenrand. «Meine Aufgabe ist es, ihnen den Zugang zu einer ordentlichen Krankenpflege zu ermöglichen», sagt Akom. Das koste weniger, als man denke. Das wird ihr im Wohlstandsland Schweiz bewusst, wo das Frühstücksbuffet im Hotel mit 16 Franken berechnet wird. Sie habe darauf verzichtet, sagt sie. «Für dieses Geld kann man in Kamerun ein Menschenleben retten.»

Begegnungen mit Menschen
wiedermontag.berbund.ch

Nachrichten

Mann von Schiebetor eingeklemmt

Zollikofen Am Samstagmittag ist ein Mann bei der Arbeit schwer verunfallt. Wie die Polizei gestern mitteilte, wurde der Mann beim Öffnen eines automatischen Schiebetors aus noch zu klärenden Gründen von diesem eingeklemmt. Trotz der raschen Rettungsmassnahmen der umgehend alarmierten Einsatzkräfte verstarb der 49-jährige Schweizer aus dem Kanton Bern noch vor Ort. Neben der Kantonspolizei Bern und der Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland waren ein Ambulanzteam, die Berufsfeuerwehr Bern, die Feuerwehr Münchenbuchsee sowie das Careteam des Kantons Bern vor Ort im Einsatz. (sda)

Bernische EVP wird 100 Jahre alt

Kanton Bern Seit 1919 gibt es die bernische EVP, seit 1967 ist sie im Bundeshaus vertreten. Dort will sie sich auch in Zukunft für mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde einsetzen. Das bekräftigte die Kantonalpartei letzte Woche an einem Mediengespräch in Bern. Die EVP Schweiz war ebenfalls 1919 gegründet worden. Im Kanton Bern verlief der Aufbau der Partei harzig: Ihr sozial-fortschrittlicher Ansatz kam bei der konservativen Landbevölkerung zunächst nicht gut an. Seit 1994 hat sie eine eigene Fraktion im Berner Rathaus. Der Wähleranteil erreichte 2006 seinen bisherigen Höchststand mit 7,3 Prozent. (sda)

Neues Wasserspiel auf dem Berner Gurten

Berner Hausberg Seit Anfang April ist auf dem Gurten die fünf Meter hohe Kunstinstallation «grün - fallwasser» des Aargauer Künstlers Max Frey zu sehen. Aus 18 hängenden Giesskannen strömt jeweils Wasser in die darunterliegende Kanne - so bleibt das Werk wie ein Perpetuum mobile ständig in Bewegung. Zu sehen ist «grün - fallwasser» dieses und nächstes Jahr jeweils zwischen April und Oktober. «grün - fallwasser» ist eine Leihgabe des Aargauer Künstlers Max Frey und wurde zuvor 2016 und 2017 im Park des Kantonsspitals Aarau gezeigt. Das Kulturprozent der Migros Aare fördert Kunst mit Bezug zu den Kantonen Aargau, Bern und Solothurn. Über die Ankäufe entscheidet seit 2016 die Kunstkommission der Migros Aare. (sda)

Mann aus brennendem Haus gerettet

Utzenstorf Bei einem Brand eines Mehrfamilienhauses hat die Feuerwehr am Samstagabend einen Mann in Utzenstorf aus dem obersten Geschoss evakuieren müssen. Er wurde danach zur Kontrolle ins Spital gebracht. Die restlichen Bewohner konnten sich selbstständig ins Freie begeben. Gemäss gemeinsamer Mitteilung des Regierungsrats Emmental konnte das Feuer rasch unter Kontrolle gebracht und gelöscht werden. Das Mehrfamilienhaus ist weiterhin bewohnbar. (sda)

Pappbecher sollen an Uni verbannt werden

Universität Die Studierendenschaft der Uni Bern hat den Klimanotstand ausgerufen.

Die Studierendenschaft der Universität Bern (SUB) hat den Klimanotstand ausgerufen. Damit wollen die Studierenden erreichen, dass Massnahmen zur Nachhaltigkeit innerhalb der Uni umgesetzt werden.

Die Motion der jungen Grünen zum Klimanotstand sei vom Studierendenrat mit grosser Mehrheit angenommen worden, teilte die SUB am Freitag mit. Die Forderungen seien die Reduktion von CO₂-Emissionen sowie die Nachhaltigkeit in Lehre und Forschung, in den Mensen und Cafeterien sowie im Wohnraum. Der CO₂-Ausstoss der Wissenschaft sei enorm, teilen die jungen Grünen der Universität Bern auf Facebook mit. Jedes Jahr flögen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an zahlreiche Konferenzen und Exkursionen rund um den Globus. «Es braucht jetzt einen grundlegenden Kulturwandel, es braucht eine Wissenschaft und Lehre, die nicht auf Kosten des Planeten und anderer Menschen betrieben wird», schreiben die Grünen weiter. Auch die Studierenden selbst müssen sich um Nachhaltigkeit bemühen und dies auch von der Uni Bern einfordern.

Tassen statt Einwegbecher

Und so fordern die jungen Studierenden, dass die Mensen ein nachhaltiges und attraktives vegetarisches und veganes Angebot bereitstellen sollen. Finanzielle Anreize sollen so gesetzt werden, dass vegetarische und ve-

gane Gericht vermehrt gewählt werden. Überdies sind die Wegwerfbecher den Studierenden ein Dorn im Auge. So werden alleine im Von-Roll-Gebäude täglich knapp 1400 von den Pappbechern benutzt, weshalb diese möglichst verboten werden sollen, heisst es in den Forderungen zu Nachhaltigkeit an der Universität Bern. So könnten künftig nur noch Tassen oder Mehrwegbecher ausgeben werden. Weiter soll die Uni ihre CO₂-Emissionen ausweisen.



Mehr Vegetarisches soll es in den Uni-Mensen geben. Foto: M. Zeller

Die Ausrufung des Klimanotstandes, mit dem die Dringlichkeit des Klimawandels anerkannt wird, ist eine der Hauptforderungen der Klimastreik-Bewegung. Den Notstand bereits ausgerufen haben die Städte Basel, Olten und Delsberg.

In der Stadt Bern hat das Jugendparlament Ende März eine entsprechende Motion eingereicht. Der Gemeinderat hat sich noch nicht zum Vorstoss geäussert. (sda/sie)